



Konrad  
**-Adenauer-**  
Stiftung

# Focus Brasilien

Nr. 9 / 2005– 31. Oktober 2005

Studienzentrum Rio de Janeiro  
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

---

## Ein Gipfeltreffen mit Misstönen

von Ana Carolina Rodrigues<sup>1</sup>

**Am 29. September fand in Brasília das 1. Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der Südamerikanischen Staatengemeinschaft (Gemeinschaft) statt. Die Aufmerksamkeit für das Treffen entsprang jedoch weniger den hier vereinbarten Projekten zugunsten einer engeren regionalen Kooperation als vielmehr der Abwesenheit von vier Präsidenten, der vorzeitigen Abreise von Präsident Kirchner (Argentinien) und den Hindernissen bei der Unterzeichnung der Abchlussklärung. Damit kamen einige Misstöne zum Ausdruck, die momentan die Beziehungen zwischen den Ländern Südamerikas beherrschen. Das zeigt, dass der Weg zur Umsetzung der Ziele der Gemeinschaft lang und voller Hindernisse sein wird.**

Die „Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen“ (*Comunidad Sudamericana de Naciones*) ist am 08. Dezember 2004 während des III. Treffens der südamerikanischen Staatspräsidenten in Cuzco, Peru, gegründet worden. Der Gemeinschaft gehören alle Staaten Südamerikas an, die Mitglieder des MERCOSUR und der Andengruppe sowie Chile, Guyana und Suriname. Die Gemeinschaft verfolgt das Ziel der politischen Verständigung und der wirtschaftlichen und sozialen Integration der Völker Südamerikas. Zu ihren vorrangigen Aufgaben zählen der politische Dialog, die territoriale Integration, der Umweltschutz, die engere Zusammenarbeit im Energiesektor, im Finanzwesen und im Bereich der Telekommunikation, die Überwindung der Entwicklungsunterschiede, der Einsatz für den Zusammenhalt der Mitgliedsländer, für die gesellschaftliche Integration der armen Schichten und für die soziale Gerechtigkeit.

In Brasilien, dessen Initiative und nachhaltiger Einsatz für die Gründung der Gemeinschaft fundamentale Bedeutung hatten, fand am 29. September das erste Treffen der Staatspräsidenten der Gemeinschaft statt. Ziel des Treffens war es, eine Agenda aufzustellen, die zur Integration führen würde.

---

<sup>1</sup> Ana Carolina Rodrigues ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studienzentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro.

Das Abschlussdokument von Brasília enthält eine politische Erklärung, einen Aktionsplan sowie Verpflichtungserklärungen zur Infrastruktur und zur Freihandelszone. Außerdem wurde ein Gipfeltreffen mit der Afrikanischen Union und die Fortführung der Verhandlungen mit den arabischen Ländern vereinbart, die auf dem kürzlichen Gipfeltreffen in Brasilia aufgenommen worden waren. Im Energiesektor wurden wichtige Abkommen unterzeichnet. Von besonderer Bedeutung ist die Vereinbarung der beiden wichtigsten Entwicklungsbanken der Region – der brasilianischen BNDES<sup>2</sup> und der andinen CAF<sup>3</sup> –, zukünftig die Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu koordinieren. Das entsprechende Abkommen soll bis November fertiggestellt sein.

Ausführlich diskutierte die Versammlung den künftigen institutionellen Aufbau der Gemeinschaft, wozu bei ihrer Gründung keine Beschlüsse gefasst worden waren. Dieses Thema war damals auf das folgende Treffen der Präsidenten in Brasilia verschoben worden, und es gab, wie schnell sichtbar wurde, Anlass zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten.

Ein weiteres kontroverses Thema war die Frage der Schaffung einer südamerikanischen Freihandelszone. Nach einem Vorschlag Chiles sollte die Freihandelszone bis spätestens 2010 engültig in Kraft treten. Die übrigen Staaten ließen sich aber lediglich auf die prinzipielle Verpflichtung ein diese Zone zu schaffen, vermieden es aber eine Frist festzulegen. Zur Begründung führten sie an, es sei zunächst notwendig die Normen und Präferenzen, die zwischen verschiedenen Ländern der Region zur Öffnung des Handels bestehen, einander anzunähern.

## **Die Abwesenden**

Zum Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen kamen lediglich acht Präsidenten aus den zwölf Mitgliedsländern. Abwesend blieben die Präsidenten von Guyana, Suriname, Kolumbien und Uruguay. Am meisten wurde die Abwesenheit des Präsidenten Uruguays und turnusmäßigen Präsidenten des MERCOSUR, Tabaré Vasquez, bedauert, der sein Fehlen mit Ermüdung aufgrund der großen Zahl internationaler Reisen begründete.

Der argentinische Präsident Nestor Kirchner entschied sich in letzter Minute für seine Teilnahme an dem Gipfeltreffen. Er war intensiv in der Kampagne zur Wahl der Senatoren, Abgeordneten und Stadträte im Oktober engagiert, und kam praktisch nur auf Drängen des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez nach Brasilia. Hier unterzeichnete Kirchner einige Abkommen mit Venezuela im Energiesektor, z.B. über den Kauf von 150 Tankstellen des argentinischen Unternehmens Rhasa durch das venezolanische Staatsunternehmen PDVSA für 92 Mio. US-Dollar. Außerdem vereinbarten beide Länder den Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen im Wert von 100 Mio. Dollar, und Chávez versprach, 500 Mio. Dollar aus dem Erdölerlösen für den Ankauf von argentinischen Staatsanleihen zurückzulegen, um so einen Beitrag zur Lösung der argentinischen Probleme bei der Finanzierung der Auslandsschulden zu leisten. Kirchner nahm lediglich am Essen am Vorabend des Präsidentengipfels teil, unterzeichnete die Vereinbarungen mit Venezuela und

---

<sup>2</sup> BNDES: Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (Nationalbank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung).

<sup>3</sup> CAF: Corporación Andina de Fomento (Andine Körperschaft für Entwicklung)

kehrte bereits am Morgen des 29. September noch vor der Eröffnungssitzung des Gipfeltreffens nach Buenos Aires zurück. Dadurch vermied er eine Begegnung mit Eduardo Duhalde, dem gegenwärtigen Präsidenten des Komitees der ständigen Vertreter des MERCOSUR und innenpolitischen Gegener Kirchners bei den Wahlen im Oktober.

Die Haltung Kirchners wurde vom brasilianischen Präsidenten Lula da Silva unterschwellig kritisiert, der die große Zahl der Fehlenden beklagte. Kirchners Verhalten war jedoch keinesfalls neu. Der argentinische Präsident hatte auch am Gipfeltreffen in Cuzco nicht teilgenommen, als die Gemeinschaft gegründet worden war. Und er hatte seine brasilianischen Partner während des Gipfeltreffens der südamerikanischen und der arabischen Länder dupiert, als er ebenfalls vorzeitig abreiste (siehe Focus Brasilien Nr. 4/2005). Kirchners fehlende Begeisterungsfähigkeit für die von Brasilien angeregten internationalen Aktivitäten ist schon länger bekannt und zeigt, dass er keinesfalls bereit ist, sich dem brasilianischen Führungsanspruch in der Region zu unterwerfen.

Der Präsident Paraguays, Nicanor Duarte, war als einziger MERCOSUR-Partner Brasiliens zum Gipfeltreffen erschienen. Jedoch verließ auch er es vorzeitig, um an einem Treffen von *First Ladies* in Assunción teilzunehmen.

### **Chávez – der Hauptdarsteller des Gipfeltreffens**

Der Anwesenheit des venezolanischen Präsidenten, Hugo Chávez, wurde in der brasilianischen Presse viel Platz eingeräumt. Chávez unterzeichnete Verträge mit Brasilien und Argentinien, wurde von Lula als großer Demokrat gewürdigt, kritisierte die brasilianische Presse wegen der breiten Kommentierung eines Armutsberichts der Vereinten Nationen über Venezuela und brachte das Gipfeltreffen beinahe in eine ausweglose Situation, als er sich zunächst weigerte, das Schlussdokument zu unterzeichnen.

Die Präsidenten Chávez und Lula unterzeichneten ein Abkommen zum Bau einer Erdölraffinerie in Brasilien. Als Standort dafür wurde Pernambuco ausgewählt, und damit gleichzeitig ein Schlusstrich unter den Konkurrenzkampf zwischen den brasilianischen Bundesstaaten um diese Raffinerie gesetzt. Die Wahl des nordöstlichen Bundesstaats Pernambuco wurde durch das venezolanische Staatsunternehmen *Petróleos de Venezuela S.A.* getroffen. Nach Aussagen von Chávez wird mit dem Abkommen das Ziel verfolgt, dem "Riesen in Siebenmeilenstiefeln", womit er die USA meinte, die Stirn zu bieten.

Präsident Lula da Silva äußerte bei einer Rede viel Lob für Chávez und hob mit Hinweis auf Venezuela hervor: "Niemand kann diesem Land vorwerfen, es gäbe dort keine Demokratie. Man könnte sogar sagen, dort herrsche Demokratie im Übermaß." Außerdem unterstrich er, Chávez sei der Regierungschef, der die Ressourcen aus der Erdölförderung am besten für den Kampf gegen die Armut einsetze.

Lulas Lobeshymnen standen in deutlichem Widerspruch zu den Berichten in brasilianischen Zeitungen, die wenige Tage zuvor über eine Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNPD) und der venezolanischen nationalen Statistikbehörde informierten, die eine Zunahme der Armut in Venezuela feststellte. Die Zahl der Armen sei um vier Prozent gestiegen, obwohl die Erdöl-Einnahmen sich innerhalb der letzten sechs Jahre

etwa vervierfacht hätten. Das Land durchlebe einen kritischen Moment, da mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutslinie lebe, die Pressefreiheit bedroht sei und eine investitionsfeindliche Stimmung herrsche. Wegen der Veröffentlichung dieser Studie beschuldigte Chávez die brasilianische Presse "Lakai des Imperialismus" zu sein.

Chávez äußerte auch harte Kritik am Entwurf des Abschlussdokuments des Gipfeltreffens und drohte zur Überraschung seiner Kollegen, es nicht zu unterzeichnen. Seine Kritik bezog sich auf die Frage der Institutionalisierung der Gemeinschaft, die gescheiterte Modelle wieder aufgreife. Seiner Meinung nach würde die Integration erst im Jahre 2200 vollzogen sein, wenn die im Dokument vorgeschlagenen Form der Institutionalisierung, d.h. eine Reihe von Versammlungen von Ministern und Vizeministern, angenommen werde. Er hielt es für notwendig, ein anderes Integrationsmodell als das in der Andengemeinschaft und dem MERCOSUR zu schaffen.

Chávez und Präsident Tabaré Vasquez hatten die Gründung einer "Südkommission" vorgeschlagen, die einen Strategischen Plan für den Zeitraum 2005-2010 ausarbeiten sollte. Diese Kommission würde auch Studien zur Annäherung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Mitgliedsländern, zur Integrierung strategischer Bereiche, zur Systematisierung von Sozialprogrammen und zur Gründung einer Bank des Südens erstellen. Chávez protestierte dagegen, dass dieser Vorschlag auf dem Gipfeltreffen nicht diskutiert wurde. Brasilien jedoch war bisher, wie auch bei anderen Integrationsprojekten, z.B. dem MERCOSUR, gegen die Schaffung einer sehr bürokratischen formalen Struktur für die Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen.

Nur infolge des Drängens von Präsident Lula und des brasilianischen Außenministers Celso Amorim war der venezolanische Präsident zum Einlenken bereit. Trotzdem tat er dies nur unter der Bedingung, dass die Debatte zum Thema der Institutionen innerhalb von 90 Tagen während des MERCOSUR-Gipfels, zu dem die Andenländer eingeladen werden, wieder aufgegriffen wird.

## **Perspektive**

Als nächster Schritt im Rahmen der Gemeinschaft sollten während einer Versammlung am 21. Oktober in La Paz, Bolivien, die Asymmetrien zwischen den 12 Mitgliedsländern analysiert und Vorschläge zum Abbau der Unterschiede erarbeitet werden. Das galt als Voraussetzung für die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen. Bei den folgenden Treffen sollen Lösungsvorschläge für die in Brasilia aufgetretenen Probleme erarbeitet werden, damit eine konkrete Agenda aufgestellt und Fortschritte in der Frage des institutionellen Modells erzielt werden können.

Ungeachtet der Unterzeichnung einiger Abkommen hatte das Gipfeltreffen nicht die gewünschte Resonanz. Die Festlegung des institutionellen Rahmens der Gemeinschaft wurde verschoben, die Verhandlungen über die Freihandelszone haben bisher keine klaren Ziele, und das Unwohlsein, das durch Brasiliens Vormachtbestrebungen innerhalb der Gemeinschaft genährt wurde, behinderten den Dialog und den Konsens. Es zeigte sich, wie kompliziert die Beziehungen zwischen den südamerikanischen Ländern sind und dass den in jüngster Zeit aufgetretenen regionalen Störfaktoren mit Rhetorik allein nicht beizukommen ist.